

95 000-Einwohner-Stadt auf Prüfstand

Baden und 12 Gemeinden des Bezirks planen eine sehr enge Zusammenarbeit in diversen Bereichen – «bis hin zu einer Fusion».

Pirmin Kramer und
Philipp Zimmermann

Wie der Teufel das Weihwasser meiden die offiziellen Sprecher des Projekts das Wort «Fusion». Mit zu vielen Emotionen ist der Begriff in ihren Augen verbunden. Ennetbadens Gemeindeamtmann Pius Graf (SP) aber äusserte sich am Donnerstagabend an der Gemeindeversammlung unverblümt zur «Modellstadt». Das Projekt sei von 13 Gemeinden mit 95 000 Einwohnern aus dem Bezirk Baden gestartet worden, lanciert von der Stadt Baden. Geprüft werde eine weitere Zusammenarbeit unter den Gemeinden, «bis hin zu einer möglichen Fusion», sagte Pius Graf. Wenige Stunden später folgte die offizielle Mitteilung: «Gemeinsam mehr erreichen – das Projekt Modellstadt ist gestartet.»

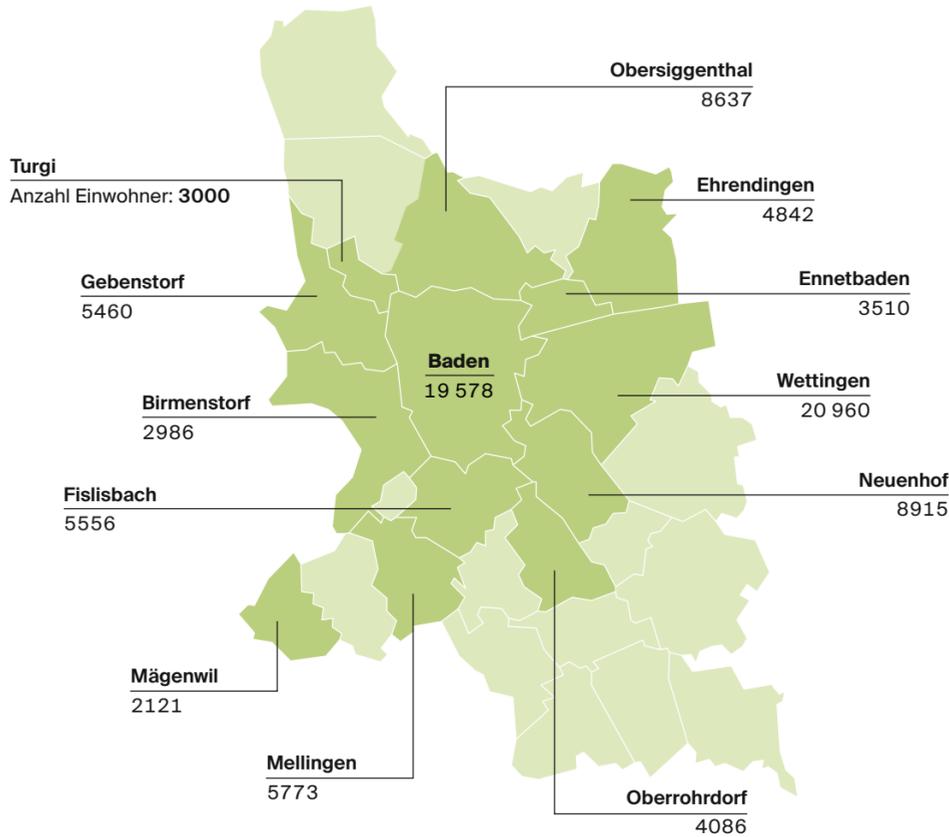
Dass in der Region über enge Zusammenarbeit, ja Fusionen diskutiert wird, liess die Stadt Baden in ihren Jahreszielen durchblicken. Dort war geheimnisvoll von einer «60 000-Einwohner-Modellstadt» die Rede, ohne dass es Erklärungen gab (Ausgabe vom 3. Oktober). Überraschend ist nun offiziell gar von einem Projekt die Rede, von dem noch viel mehr Menschen betroffen sein könnten. Die am Projekt beteiligten Gemeinden «vereinen zusammen 95 424 Einwohnende», heisst es in der Mitteilung.

Am 4. November 2020 trafen sich die Ammänner von 13 Gemeinden in Baden, sie einigten sich auf das weitere Vorgehen. «Die Modellstadt soll eine theoretische Grundlage mit Zahlen und Fakten schaffen, aus der ersichtlich wird, was sich bei gemeinsamer Erledigung von Arbeiten verändern würde und was nicht sowie welches die ideale Grösse für ein optimales Funktionieren in der Region sein könnte», heisst es.

«Wir wollen Fakten schaffen, nicht mit Emotionen argumentieren»

Die Formulierung tönt technisch – und das ist Absicht, wie Fabian Keller sagt. Der Gemeindeamtmann von Gebenstorf hat gemeinsam mit Stadtmann Markus Schneider (beide CVP) die Projektleitung übernommen, unterstützt werden sie von einem externen Experten. «Wir wollen nicht mit Emotionen argumentieren, sondern Fakten schaffen auf Basis von theoretisch-mathe-

Diese Gemeinden sind am Projekt Modellstadt beteiligt



Quelle: Stadt Baden/Statistik Aargau/Grafik: elc

matematischen Erkenntnissen», sagt Keller. «Wir wollen herausfinden, in welchen Bereichen eine enge Zusammenarbeit Sinn macht.» Es gebe Themen, die alle Gemeinden beschäftigen, heisst es in der Mitteilung. Prioritär analysiert und beurteilt werden nun in einem ersten Block die vier Themenbereiche «Behörden, Verwaltung und Organisation», «Finanzen», «Gesundheit, Gesellschaft, Soziales» und «Siedlungsentwicklung, Raumplanung und Mobilität».

Stadtmann Markus Schneider wertet es als «ungemein positives Zeichen», dass sich nicht weniger als 13 Gemeinden bereit erklärt haben, an einem Tisch zu sitzen und Gespräch zu führen. «Wir gingen zuerst von einer kleineren Gruppe aus, darum die Zahl von 60 000 Einwohnern in den Jahres-

zielen», erklärt er. «Die Frage, die wir uns stellen, lautet: Gibt es Gründe, die dafür sprechen, dass eine grössere Stadt besser ist als viele einzelne Gemeinden?» Es handle sich um ein Thema, über das seit Jahrzehnten diskutiert werde, beispielsweise mit der sogenannten Regionalstadt in den 70er-Jahren. «Richtig angefasst hat man das Thema aber nie. Das ändert sich nun.» Es gab immer wieder Kontakte wie nun mit Turgi, die zu Fusionen führen könnten; «nun aber haben wir einen offiziellen Prozess, bei dem viele Gemeinden gleichzeitig miteinander sprechen».

Die Ergebnisse zu den vier wichtigsten Themenbereichen sollen im dritten Quartal 2021 vorliegen. Fabian Keller erklärt, wie es nun weitergeht: «Im Bereich der Finanzen beispielsweise tragen wir in einem ersten Schritt die ef-

fektiven Zahlen aller Gemeinden zusammen und untersuchen anhand der Finanzpläne die künftigen Investitionen auf Synergien. Danach überprüfen wir, welche Folgen es unter anderem auf den Finanzausgleich hätte, wenn wir nicht getrennt, sondern als gemeinsamer Kreis funktionieren würden.» Im Bereich der Regionalpolizeien habe längst mit Erfolg eine Zusammenlegung stattgefunden, nennt Keller ein Vorzeigebispiel.

Am Treffen im Badener Amtshimmel habe eine positive Stimmung geherrscht; vereinzelt sei jedoch auch Unsicherheit zu spüren gewesen betreffend der Frage, wie die Zukunft der Gemeinde aussehen könnte. Das Projekt sei «ergebnisoffen», sagt Keller. «Gemeinden können aussteigen, andere dürfen hinzukommen.»

«Die Frage, die wir uns stellen, lautet: Gibt es Gründe, die dafür sprechen, dass eine grössere Stadt besser ist als viele einzelne Gemeinden? Das Thema wird seit Jahrzehnten diskutiert. Nun gehen wir es an.»



Markus Schneider
Stadtmann Baden

«Gemeinden können aussteigen, andere dürfen hinzukommen. Das Projekt ist ergebnisoffen. Wir wollen herausfinden, in welchen Bereichen eine enge Zusammenarbeit Sinn macht.»



Fabian Keller
Gemeindeamtmann Gebenstorf

Finanzielle Mittel für die Nutzungsplanung sind aufgebraucht

Die Stimmberechtigten in Birr entscheiden über einen – weiteren – Zusatzkredit, diesmal in der Höhe von 495 000 Franken.

Über acht Jahre dauert die Arbeit bereits. Vieles ist erledigt worden, einiges Unvorhergesehenes ist aufgetreten, zwei Kredite von insgesamt 335 000 Franken sind genehmigt worden. Aber die finanziellen Mittel sind ausgeschöpft, die Gesamtrevision der Nutzungsplanung in Birr wird teurer als ursprünglich erwartet. Ein weiterer Zusatzkredit von 495 000 Franken steht zur Diskussion an der Gemeindeversammlung am nächsten Freitag.

Die Gesamtrevision der Nutzungsplanung stellt für die Gemeinde ein zentrales Element für eine zukunftsgerichtete Entwicklung dar, hält der Gemeinderat fest. «Es handelt sich um ein Generationenprojekt.» Selbst der Kanton, fügt die Behörde an, habe das «Eigenamt/Birrfeld» zu einem Entwicklungsschwerpunkt von kantonaler Bedeutung erklärt. Die durch die ABB

Immobilien AG in Auftrag gegebene Masterplanung «Industrieareal Grossacher und Grändel» sieht die Ansiedlung verschiedenster Firmen sowie die Schaffung von bis zu 4500 Arbeitsplätzen in den nächsten Jahrzehnten vor. Zudem befinden sich, fährt der Gemeinderat fort, diverse Bauprojekte von privaten Grundeigentümern und Investoren in Planung, die nach Inkraftsetzung der neuen Bau- und Nutzungsordnung realisiert werden sollen. Kurz: Der Abschluss der Gesamtrevision sei deshalb zügig voranzutreiben.

Einige Arbeiten waren aufwendig und zeitintensiv

Ende September 2019 wurden die Planungsunterlagen zur kantonalen Vorprüfung eingereicht. Inzwischen liegt eine fachliche Stellungnahme vor. Als Gründe für die Mehraufwendungen

nennt der Gemeinderat die erfolgten Gesetzesänderungen, die komplexe und aufwendige Masterplanung Wyde-Neumatt-Bachtalen, den zusätzlich erarbeiteten kommunalen Gesamtplanverkehr, die Aufhebung von Sondernutzungsplänen, die Aufbereitung der Planungsdaten gemäss dem kantonalen Datenmodell sowie die Prozessbegleitung. Anders ausgedrückt: Es brauchte zusätzliche Abklärungen sowie zeitintensive Sitzungen und Verhandlungen. Der Gemeinderat spricht von einem «von aussen stark beeinflussbaren Prozess».

Nach der Genehmigung des Zusatzkredits, lautet das geplante weitere Vorgehen, werden die ausstehenden Punkte der fachlichen Stellungnahme abgearbeitet, sodass der abschliessende kantonale Vorprüfungsbericht erwirkt werden kann. In der Folge werden das

Mitwirkungsverfahren sowie die öffentliche Auflage durchgeführt. Schliesslich steht die Beschlussfassung durch die Gemeindeversammlung an und die Nutzungsplanung kann dem Kanton zur Genehmigung eingereicht werden. «Je nach Verfahrensablauf, Anzahl Einwendungen und der Bereinigung der noch offenen Themen wird die Terminplanung laufend überprüft und gegebenenfalls zeitlich angepasst», führt der Gemeinderat aus.

Für das Projekt stehen noch Beiträge aus

Die bisherigen Ausgaben liegen gemäss Behörde bei rund 580 000 Franken, die Gesamtausgaben werden sich voraussichtlich auf rund 830 000 Franken belaufen. Bereits eingegangen seien Beiträge der Grundeigentümer an die Masterplanung Wyde-Neumatt-Bachtalen,

ausstehend seien die Kantonsbeiträge, die nach Abschluss eingefordert werden können. Zusatzkredite seien brutto zu beschliessen, erklärt der Gemeinderat, auch wenn lediglich noch weitere Kosten in Höhe von rund 250 000 Franken anfallen werden. (mhu)

ANZEIGE

OCCASIONEN und DEMOFAHRZEUGE zu fairen Preisen – mit Garantie

GARAGE OBRIST
5107 Schinznach-Dorf
Tel. 056 443 15 34
www.garageobrist.ch